Name  
Strasse< < < < < <   
**3855 Brienz**  
  
  
Brienz, 2.Mai 2020  
  
  
An das Regierungsstatthalteramt  
Interlaken-Oberhasli  
**3800 Interlaken Einschreiben**

Gilt als Vertreterin (Zustelladresse)  
für die Unterzeichner/Innen der  
am Schluss angefügten Liste

**Einsprache gegen den Neubau einer Mobilfunkantennen-Anlage Swisscom BRDZ an der Hauptstrasse 149c (Areal Rothorn-Bahn) in Brienz**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
  
Gegen das obgenannte Bauvorhaben erheben wir fristgerecht Einsprache mit folgendem **Antrag:**  
  
Das Baugesuch sei nicht zu bewilligen.  
Eventuell sei das Baugesuch mit berichtigten Angaben neu aufzulegen.

**Begründung:   
  
A) Zweck des Baugesuchs**Das Baugesuch bezweckt, in Brienz den höchst umstrittenen Funkdienst 5G, gegen den ausdrücklichen Willen der ortsansässigen Bevölkerung durchzuzwängen. Das heisst, die vom Gemeinderat erlassene Planungszone hinterlistig zu umgehen.

Da die Planung im Gange ist, und die jetzige Abdeckung des Gebietes genügend ist, gibt es keinen Grund für ein vorschnelles Eingreifen und ein Umgehen der Planung. Die Gemeinde ist in Begriff, eine sinnvolle Anordnung von Antennen zu erörtern.

Zudem ist dem vorliegenden Projekt zu entnehmen, dass chinesische, bisher in der Schweiz unbekannte, 32-Beam-Antennen vom Typ HUAWEI AOC4518R8 und HUAWEI A114521R1 eingesetzt werden sollen. Dieser Typ von Antennen findet in der Schweiz noch keine Anwendung an anderen Orten. Es ist unerklärbar, warum dieser unbekannte Antennentyp in Brienz als Versuch eingesetzt werden soll.  
  
**B) Die im Baugesuch beantragten Sendeleistungen**   
  
Laut Standortdatenblatt Zusatzblatt 2 (technische Angaben zu den Sendeantennen lauten:  
**in der Senderichtung 100°**  
für das Frequenzband 700-900MHz 300Watt ERP (für bisherige Funkdienste)   
für das Frequenzband 1400-2600MHz 800Watt ERP (für bisherige Funkdienste)

für das Frequenzband 3400-3600MHz 300Watt ERP (für NR 5G)

**in der Senderichtung 250°**  
für das Frequenzband 700-900MHz 300Watt ERP (für bisherige Funkdienste)   
für das Frequenzband 1400-2600MHz 750Watt ERP (für bisherige Funkdienste)

für das Frequenzband 3400-3600MHz 200Watt ERP (für NR 5G)  
  
**in der Senderichtung 330°**  
für das Frequenzband 700-900MHz 300Watt ERP (für bisherige Funkdienste)   
für das Frequenzband 1400-2600MHz 500Watt ERP (für bisherige Funkdienste)

für das Frequenzband 3400-3600MHz 200Watt ERP (für 5G)  
  
Der Kreisradius welcher zur Führung von Einsprachen und Beschwerden berechtigt beträgt demnach 661 Meter.  
  
**C) Falsch deklarierte Sendeleistungen**  
Mit 200 resp. 300Watt ERP lässt sich in Brienz kein 5G Netz betreiben.   
Wenn bisher für 3 und 4G zusammen pro Senderichtung 800 bis 1100Watt ERP benötigt wurden. Können neu mit 5G nicht 100mal mehr Daten in 100mal höherer Geschwindigkeit mit nur 200 resp. 300Watt ERP das heisst mit 4mal weniger Leistung übertragen werden. Um das festzustellen sind keine speziellen Funkkenntnisse notwendig. Gesunder Menschenverstand genügt da vollständig.  
  
Die vorgesehenen 5G-Antennen weisen je 32Ports, das heisst je 32 Eingänge für je 32 Einzelantennen im selben Gehäuse auf. Statt eines Scheinwerferkegels pro Senderichtung, wie bei bisherigen Antennen, gibt es neu 32 Strahlenkegel.  
Nach Herstellerangaben sind das 32 Strahlenkegel mit einer Sendeleistung von je 400Watt ERP. Also 12800Watt ERP pro Senderichtung statt der im Baugesuch deklarierten 200 und 300Watt ERP.  
Die Baugesuchstellerin wird aufgefordert, die Original-Datenblätter der Firma HUAWEI beizubringen, statt selbst erfundene Daten anzugeben.  
  
Zudem legt die Baugesuchstellerin ihren Berechnungen falsche Antennendiagramme zu Grunde. Die dem Standortdatenblatt beigelegten Diagramme für die neuen 5G-Antennen (Antennen Nummern 7-9) können vertikal nicht nur in der Richtung Null Grad strahlen, sondern können, weil es sich um adaptive Antennen handelt, ihre Strahlenkegel je nach Bedarf bis minus 60° aus der Horizontalen absenken oder auch 30° aufwärts. Und seitwärts ebenfalls ohne Dämpfung nach links und rechts bis je 80°.  
Die Baugesuchstellerin wird aufgefordert, die Original-Antennendiagramme der Firma HUAWEI beizubringen, statt selbst erfundene Diagramme beizulegen.  
  
**D) Falsch Nummerierte OMEN**  
In den Auflageakten, das heisst im Standortdatenblatt und auf dem NIS-Plan stimmen die Nummern der OMEN (Orte mit empfindlicher Nutzung) nicht miteinander überein. Die richtige Zuordnung ist nur einem versierten Fachmann möglich.  
Wenn nicht einmal die richtige Berechnung dem richtigen OMEN zugeordnet werden kann, geht zum Vorneherein jedes Vertrauen in die Projektunterlagen verloren. Bereits von da her muss das Projekt neu aufgelegt werden.  
  
**E) Beispiel einer korrigierten Berechnung**  
Mit den richtigen Sendeleistungen und den richtigen Antennendiagrammen und der richtigen OMEN-Nummerierung berechnet, ergibt sich zum Beispiel am OMEN Trachtlistrasse 6, 2.OG. ein Strahlungswert von 20.5V/m, an Stelle des von Swisscom berechneten Wertes von 4.94V/m. dies bei einem Grenzwert von 5V/m)  
Und in den 3 Hauptstrahlrichtungen sind Grenzwertüberschreitungen bis auf eine Distanz von 195m möglich.  
  
Den besten Beweis, dass ein 5G-Netz nicht mit 200 resp. 300Watt ERP pro Sektor betrieben werden kann liefern die Schweizer Mobilfunkbetreiber gleich selbst:  
In dem am 29. November 2019 veröffentlichten Bericht, der vom Bundesrat eingesetzten Arbeitsgruppe «Mobilfunk und Strahlung», verlangen die Betreiber ultimativ eine Erhöhung des Anlagegrenzwertes **von 5 auf 20V/m** ansonsten die Einführung eines 5G-Netzes innerhalb von 3 Jahren gar nicht möglich sei. Was den Mobilfunkbetreibern nicht etwa 4mal stärkere Sendeleistungen erlauben würde, sondern 16mal. Das heisst 42. Man stelle sich das einmal plastisch vor. Heutige Antennenstandorte, wie Brienz Hauptstrasse 149c senden heute mit durchschnittlich 1500Watt ERP in einen 120° Kreissektor. Bei erlaubten 20V/m wären das dann 16x1500Watt ERP = 24’000Watt ERP. Dies inmitten von dicht besiedelten Gebieten! Diese Forderung ist plausibel, denn darin hätten die 5G-Antennen von HUAWEI bequem Platz. Und die Anwohner hätten dann nicht nur die strahlungsstärksten Mobilfunksender Europas, sondern möglicherweise auch noch der ganzen Welt.  
  
**F) Fehlendes Sicherheitssystem**  
Das im Standortdatenblatt auf Seite 5 aufgeführte sogenannte Qualitätssicherungssystem, welches eine gewollte oder ungewollte Erhöhung der deklarierten Sendeparameter über die bewilligten Sendeparameter hinaus verhindern sollte, funktioniert nicht und ist zum Teil gar nicht vorhanden.   
Laut Bundesgerichtsurteil 1C\_97/2018 - E8, vom3.September 2019 ergibt sich Folgendes: Zitat: Das BAFU wird aufgefordert, im Rahmen seiner Aufgaben, den Vollzug der NISV zu überwachen und die Vollzugsmassnahmen der Kantone zu koordinieren (vgl. E. 6.1 hievor), erneut eine schweizweite Kontrolle des ordnungsgemässen Funktionierens der QS-Systeme durchführen zu lassen oder zu koordinieren. Dies drängt sich auch deshalb auf, weil sich die letzte dieser Kontrollen in den Jahren 2010/2011 auf die computergesteuerten Parameter und die Angaben in den Datenbanken beschränkte und damals der Datenfluss bzw. die Datenübertragung von der realen Anlage in die QS-Datenbank nicht vor Ort überprüft wurde. Zur Prüfung dieser Datenübertragung sollten daher die nächsten Stichprobenkontrollen mit Kontrollen vor Ort an den Anlagen ergänzt werden, wie dies die Ecosens AG im Bericht zur Stichprobenkontrolle 2010/2011 empfiehlt. Ende Zitat  
   
**Was ist da passiert?**   
Nach der 15.Klage innerhalb von 13Jahren, dass so etwas wie ein wirksames Sicherheitssystem zur Überwachung der bewilligten Sendeparameter von Mobilfunkantennen nicht existiere, wurden die Bundesrichter im BGR-Urteil Nr: 1C\_97/2018 vom 3.September 2019 jetzt endlich misstrauisch und verlangten vom Bundesamt für Umwelt eine landesweite Überprüfung von 18’500 Antennenstandorten mit ihren 166'500 Einzelantennen. Eine Aufgabe die einige Jahre in Anspruch nehmen dürfte.  
  
**Nach einigen Drohungen,** die Sache vor den europäischen Menschenrechtsgerichtshof zu bringen, trat das Bundesgericht diesmal in ungewöhnlicher 5er, statt in der üblichen 3er Besetzung auf und verlangt nun vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) die Überprüfung von etwas, was es gar nicht gibt. Nämlich die Überprüfung des ununterbrochenen Datenflusses von den Antennen via der Steuerzentralen der Mobilfunkbetreiber bis in die kantonalen Umweltämter. Wir dürfen gespannt sein, mit welcher Trickserei das BAFU uns diesmal aufwartet. Siehe nächster Abschnitt.  
  
**Die letzte bundesamtliche Überprüfung** fand nämlich 2011 weder in den Steuerzentralen der Mobilfunkbetreiber noch auf den kantonalen Umweltämtern statt, sondern in den Geschäftssitzen von Swisscom, Sunrise und Orange, in Zürich, Bern (Zollikofen) und Lausanne. In einem Sitzungszimmer durften die kantonalen Überwacher wünschen, von welchem der damals noch 16’000Antennenstandorte sie die aktuellen Sendeparameter, wie Sendeleistung, Senderichtung, Frequenz usw. einsehen möchten. Daraufhin wurden ihnen die gewünschten Daten nach einer gewissen Wartezeit über das hausinterne Kommunikationsnetz über einen Beamer auf eine Leinwand eingespielt. Ob die Daten nun wirklich aus der gewünschten Basisstation oder der Steuerzentrale stammten, oder vielleicht in einem Stockwerk unter ihnen ins hauseigene Kommunikationsnetz eingetippt wurden, konnte von den anwesenden kantonalen und eidgenössischen Überwachern nicht festgestellt werden.   
**Jetzt wollen die 5 Bundesrichter also einen Datenfluss überprüfen lassen, den es so gar nicht gibt.** Sie stellen nämlich in Ihrem Urteil gleich selber fest, dass da der Wurm drin ist. Dass die angeblich in den Steuerzentralen softwareseitig eingebaute Prüfroutine, welche alle 24 Stunden einmal die bewilligten Parameter mit den tatsächlich gefahrenen Parametern vergleiche und im Falle einer Unstimmigkeit weder Alarm auslöse, noch das betreffende Umweltamt benachrichtige, sondern schlicht und einfach ein nur für den Betreiber bestimmtes automatisiertes Protokoll schreibe. Diese protokollierten Meldungen würden dann zusammengefasst in ein Formular übertragen, welches alle 2 Monate an die betroffenen Kantone geschickt würde.  
  
Was dann allerdings in diesem, an die Kantone verschickten Formular dann steht, liegt völlig in der Eigenverantwortung des Betreibers und hat aus unserer Sicht etwa den selben Wert, wie wenn ein Autofahrer oder Fahrerin alle 2 Monate einmal eine Postkarte an das Strassenverkehrsamt senden müsste, mit den Angaben wann und wo und wie lange er oder sie während den letzten 2 Monaten betrunken herumgekurvt sei. Oder wann und wo er oder sie in den letzten 2 Monaten die erlaubte Höchstgeschwindigkeit nicht eingehalten habe. Man stelle sich vor, welchen Aufwand sich da die Strassenpolizei sparen könnte!   
Alles zu vergleichen mit der Eigenverantwortung des VW-Konzerns im Diesel-Abgasskandal. Hätte man von den seriösen VW-Werken jemals so etwas vermutet? Und dann wäre noch nachzufragen, wieso die Prüfroutine nur alle 24 Stunden einmal aktiv sein soll, statt dauernd? Ganz einfach: Um 01.59 Anlage auf bewilligte Parameter zurückfahren, um 02.00 Protokoll schreiben und um 02.01 Anlage wieder auf gewünschte Parameter hochfahren. So einfach macht man das, sagt jeder erfahrene Softwareentwickler.   
Ferner: Die Zertifikate, welche die Mobilfunkbetreiber vorlegen, sagen nichts darüber aus, dass ein solchermassen aufgebautes QS-System sinnvoll oder nutzlos sei. Unsere Beurteilung heisst: Völlig nutzlos.  
   
**G) Unmögliche Abnahmemessungen**   
  
Die von der Fachstelle Immissionsschutz in ihrem Amtsbericht zur Bedingung gemachten Abnahmemessungen können gar nicht durchgeführt werden.  
  
**5G ist gar nicht messbar**  
Weshalb sich Swisscom und die Fachstelle Immissionsschutz die Behauptung erlauben können, in Brienz sei es möglich mit 200 rep. 300Watt ERP pro Sektor ein 5G-Netz betreiben zu können, geht aus folgendem Dokument hervor:   
  
Ende Februar 2020 veröffentlichte METAS - unser Bundesinstitut für Metrologie (nicht Meteorologie) - den seit 18 Monaten fälligen Bericht, wie 5G-Mobilfunkantennen eventuell zu berechnen und zu messen wären.  
25 Seiten in Englisch. Obschon jede Schweizerbürgerin und jeder Schweizerbürger den gesetzlichen Anspruch darauf hat, in seiner Landessprache - Deutsch, Französisch oder Italienisch - angesprochen zu werden. Das macht hier nicht viel aus. Der Bericht hätte ebenso gut auf Chinesisch verfasst sein können.   
Die von uns angefragten Physiker und Ingenieure sind sich alle einig: Die NIS-Verantwortlichen der Kantone und der Gemeinden haben keine Chance mehr, das zu verstehen und Schwachstellen zu erkennen. Es bleibt ihnen nur noch das gut eingeübte Kopfnicken, alles in Ordnung, die Antenne wird bewilligt, Stempel drauf und raus damit. Verwaltungs- und Bundesrichter werden erst recht nicht zu den Dummen gehören wollen, die da nicht drauskommen.   
  
**Nichtsdestotrotz wollen wir hier versuchen** die fach-chinesische Anleitung etwas zu entwirren und allgemeinverständlich darzustellen:  
Bisherige Antennen erzeugen nur einen Beam, sprich Scheinwerferkegel, welcher leicht abwärts gerichtet nach 150-250m Bodenberührung bekommt. Autofahrer kennen das vom Autoscheinwerfer im Nebel.   
Die Strahlungsberechnung ist relativ einfach. Aus der Mitte der Hauptstrahlrichtung nimmt die Strahlung 60° nach links und 60° nach rechts, in Volt pro Meter gemessen, kontinuierlich bis um den Faktor 5.6 ab. Nach oben und unten sind es statt 60° nur noch je 30°.  
  
**Bei adaptiven, das heisst echten 5G-Antennen** wird das alles ganz anders. Diese bestehen schon mal, je nach Antennentyp aus 32, 64 oder 81 kleinen Antennen, die jetzt 2 verschiedene Arten von sehr zahlreichen Strahlenkeulen formen. Und diese sind nicht mehr fix, sondern tanzen wie wild 3-dimensional von links nach rechts und von oben nach unten herum.  
Es sind dies je nach Antennentyp einmal die 4 bis 8 Keulen der Organisations- oder Pilotkanäle, die im Land draussen nach Endgeräten suchen. Wo bist du - wer bist du - was willst du - was darf ich dir schicken - bist du immer noch da -hast du Schluss gemacht?

Jeder Organisations- oder Pilotkanal sucht 3-dimensional einen Viertel oder Achtel seines Sektors ab.   
Die Pilot- oder Organisationskanäle tanzen noch relativ langsam, so dass diese mit Messgeräten der neuesten Generation noch gerade knapp erfasst werden können.  
Denn jedes Messgerät benötigt eine gewisse Einschwingzeit, um ein Signal richtig zu erfassen. Nicht zu hoch und nicht zu tief.   
 **Ganz anders bei der zweiten Art von Beams.** Den Kommunikations- oder Datenkanälen. Diese 32, 64 oder 81 dünnen Strahlenkegel (je nach Antennentyp) tanzen dermassen schnell im ganzen Sektor von 120° horizontal und 60° vertikal, das heisst 3-dimensional herum, dass es dafür gar keine Messgeräte gibt, die schnell genug sind, um sich diese zu schnappen. Das heisst, diese Messgeräte müssten Einschwingzeiten von einer Millionstel-Sekunde aufweisen. Und solche gibt es bei weitem nicht. Was nichts anders heisst, als 80-90% der Strahlung einer adaptiven 5G-Antenne können gar nicht gemessen werden.  
  
**Messbar sind einzig die sogenannten Organisations- oder Pilotkanäle.**   
Und jetzt wird versucht, von diesen ausgehend auf die gesamthaft auf einen Ort empfindlicher Nutzung einwirkende Strahlung hochzurechnen.  
Der grosse Streitpunkt bleibt natürlich dieser Hochrechnungsfaktor. Denn auch dieser ist nicht fix, sondern ändert sich stetig. Je nach Distanz oder der Anzahl und Art der Hindernisse auf dem Weg zum Endgerät. Hier können einem die Betreiber angeben, was sie wollen. Man(n) muss es einfach glauben, oder auch nicht. Auf Grund unserer Erfahrungen glauben wir es nicht!   
  
**FAZIT:** Wie der 18.2.2020 mit 18 Monaten Verspätung erschienenen «Technical Report of Measurment Method for 5G NR Base-Stations up to 6GHz METAS Version 2.0» aufzeigt, ist eine Messung von echten, das heisst adaptiven 5G-Antennen infolge fehlender Messgeräte mit Einschwingzeiten von einer Millionstel-Sekunde, gar nicht möglich. Und das wird wohl noch etliche Jahre so bleiben.   
Daran ändern die von den akkreditierten Messfirmen vorgelegten Zertifikate gar nichts. Diese bestätigen lediglich, dass mit ungeeigneten Messgeräten lediglich ein sehr kleiner Teil der 5G-Strahlung erfasst werden kann.  
  
**H) die geplante Anlage ist nicht gesundheitsverträglich**  
  
Mit einem Rundschreiben, datiert vom 17.April 2019, gelangte das Departement UVEK zusammen mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) an alle Kantonsregierungen. Darin werden diese gebeten, man möge doch so gut sein und der neuen Technologie, auf welche unsere Wirtschaft so dringend angewiesen sei, jetzt keine Steine in den Weg legen. Die neuen 5G Frequenzen seien ja ganz ähnlich den bisherigen und würden ausser *der Beeinflussung der Hirnströme, der Durchblutung des Gehirns, einer Beeinträchtigung der Spermienqualität, einer Destabilisierung der Erbinformation sowie Auswirkungen auf die Expression von Genen, den programmierten Zelltod und oxidativen Zellstress* kaum etwas bewirken. Es sei ja, in Folge begrenzter Evidenz nicht einmal erwiesen, ob diese Phänomene überhaupt gesundheitsschädigend seien. (tatsächlich so nachzulesen unter Punkt 7.2 auf Seite 6 des Rundschreibens) Und mit der minimalen Anpassung der NISV vom 17.4.19 werde die Bevölkerung nach wie vor genügend geschützt.   
Rundschreiben Seite 6, Punkt 7.2   
**Die Definition «genügend geschützt» ist hier völlig fehl am Platz. Denn mit dieser Aufzählung erweisen sich sämtliche bisher ergangenen Bundesgerichtsurteile in Sachen nicht nachgewiesener Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung durch Mobilfunkstrahlung, als Makulatur.**  
Die Kantonsregierungen schickten besagtes Rundschreiben postwendend an sämtliche Gemeindeverwaltungen und Regierungsstatthalterämter, zusätzlich versehen mit der Drohung von Swisscom-CEO Schäppi, jeglicher Versuch, den Ausbau der 5G-Netze behindern zu wollen, verstosse gegen Bundesrecht und könnten entsprechende rechtliche Schritte auslösen. Schliesslich hätten die Mobilfunkbetreiber dem Staat für die Erlaubnis den Schweizer Luftraum auch für 5G «benutzen» zu dürfen 380Millionen an Konzessionsgeldern bezahlt. Und somit sei der Staat verpflichtet, dieser 5G-Technologie zum Durchbruch zu verhelfen.  
  
Diese Korrespondenz zeigt mit erschreckender Deutlichkeit mit welcher Arroganz die Gesundheit der Bevölkerung den Wirtschaftsinteressen geopfert werden soll. Diese Dokumente dürften unterdessen längstens auch bei der Bauverwaltung Brienz und auf dem Regierungsstatthalteramt Interlaken eingetroffen sein. Wenn nicht, sind wir gerne bereit, diese nachzuliefern.  
  
**Der Vergleich mit Chlorothalonil:**Aus einer Pressemitteilung des Bundesrates vom 12.12.2019: Die Prüfung der zusätzlichen Informationen durch das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) ergab, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass gewisse Abbauprodukte dieses Fungizids keine langfristigen negativen Auswirkungen auf die Gesundheit haben. Zudem teilt das BLV die Einschätzung der EU-Kommission, dass als wahrscheinlich krebserregend eingestuft werden muss. Es bestehen Hinweise für eine Gesundheitsgefährdung falls diese Stoffe ins Grundwasser gelangen.

Das BLV entzieht daher mit sofortiger Wirkung die Verkaufserlaubnis für diese Produkte und verbietet deren Verwendung ab dem 1. Januar 2020. Ende Auszug aus der Pressemitteilung.  
  
**Weitaus dramatischer lautet die Beschreibung** der Gesundheitsgefährdung durch Mobilfunkstrahlung im Bericht der bundesrätlichen Beratungsgruppe, «Mobilfunkstrahlung und Gesundheit» welcher am 29.11.2019 veröffentlicht wurde:  
**Auf Seite 67** dieses Berichtes befindet sich nämlich eine «wunderschöne» Grafik für welche Gesundheitsrisiken und Gesundheitsschäden Mobilfunkstrahlung verantwortlich ist.  
mit ***ausreichend begründet*** ist dargestellt:  
Die Veränderung der Hirnströme  
Und mit ***begrenzt begründet*** sind dargestellt:  
Hirntumore, krebsfördernd (im Tierversuch), verminderte Spermienqualität, Durchblutungsstörungen im Gehirn, Schädigung des Erbgutes (DNS), programmierter Zelltod, oxydativer Zellstress.   
  
**Logischerweise müsste der Bundesrat auch hier zum Schluss kommen,** dass die Prüfung der zusätzlichen Informationen durch die Arbeitsgruppe «Mobilfunkstrahlung und Gesundheit» ergab, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass gewisse Wirkungsweisen dieser Strahlungsart keine langfristigen negativen Auswirkungen auf die Gesundheit haben. Da diese Strahlung über den gesamten Luftraum verteilt wird und sich deren Auswirkungen, wie beim Trinkwasser, niemand entziehen kann. Der Bundesrat verbietet ab 1.1.2020 die Aussendung dieser Strahlungsart in den Schweizer Luftraum und aller damit verbundenen Anwendungen.  
  
**Doch weit gefehlt.** Statt dessen, wird mit allen erdenklichen Tricks und Täuschungsmanövern versucht, die Strahlungsgrenzwerte noch um das 4-Fache zu erhöhen. Das heisst, von 5 auf 20V/m (Volt pro Meter). Was den Mobilfunkkonzernen erlauben würde bis 16 mal stärkere Antennen zu betreiben. Siehe <https://www.gigaherz.ch/5g-die-woelfe-im-schafpelz/>  
Ohne diese «minime» Erhöhung sei die Einführung des fortschrittlichen Mobilfunkstandards 5G undenkbar und untrennbar damit verbunden auch die digitale Schweiz von Morgen.  
  
**Beweismittel:** Seite 67 aus dem bundesrätlichen Bericht «Mobilfunk und Strahlung». In der Beilage   
Wenn man bedenkt, dass diese Auswertung von einer völlig mobilfunklastigen Arbeitsgruppe zusammengestellt wurde, muss befürchtet werden, dass alles in der Realität noch weitaus schlimmer ist.  
  
**Fazit aus Kapitel H:** Wer in einer solch klaren Beweislage weiterhin Mobilfunk-Sendeanlagen plant und/oder bewilligt, handelt unseres Erachtens fahrlässig, wenn nicht sogar kriminell.

**J) Zusammenfassung:**  
A) Das Baugesuch bezweckt, den Bau einer 5G-Mobilfunk-Sendeanlage in

Brienz gegen den ausdrücklichen Willen von Bevölkerung und Gemeinde-  
Behörden durchzuzwängen und die vom Gemeinderat auferlegte Planungszone zu torpedieren.

B) Der Kreisradius für die Berechtigung zur Einsprache beträgt 661m.

C) Die beantragten Sendeleistungen können unmöglich stimmen.

D) Die Nummerierung der OMEN im Standortdatenblatt stimmt nicht mit dem

NIS-Plan überein.

E) Mit den richtigen Sendeparametern berechnet, ergeben sich riesige

Grenzwertüberschreitungen.

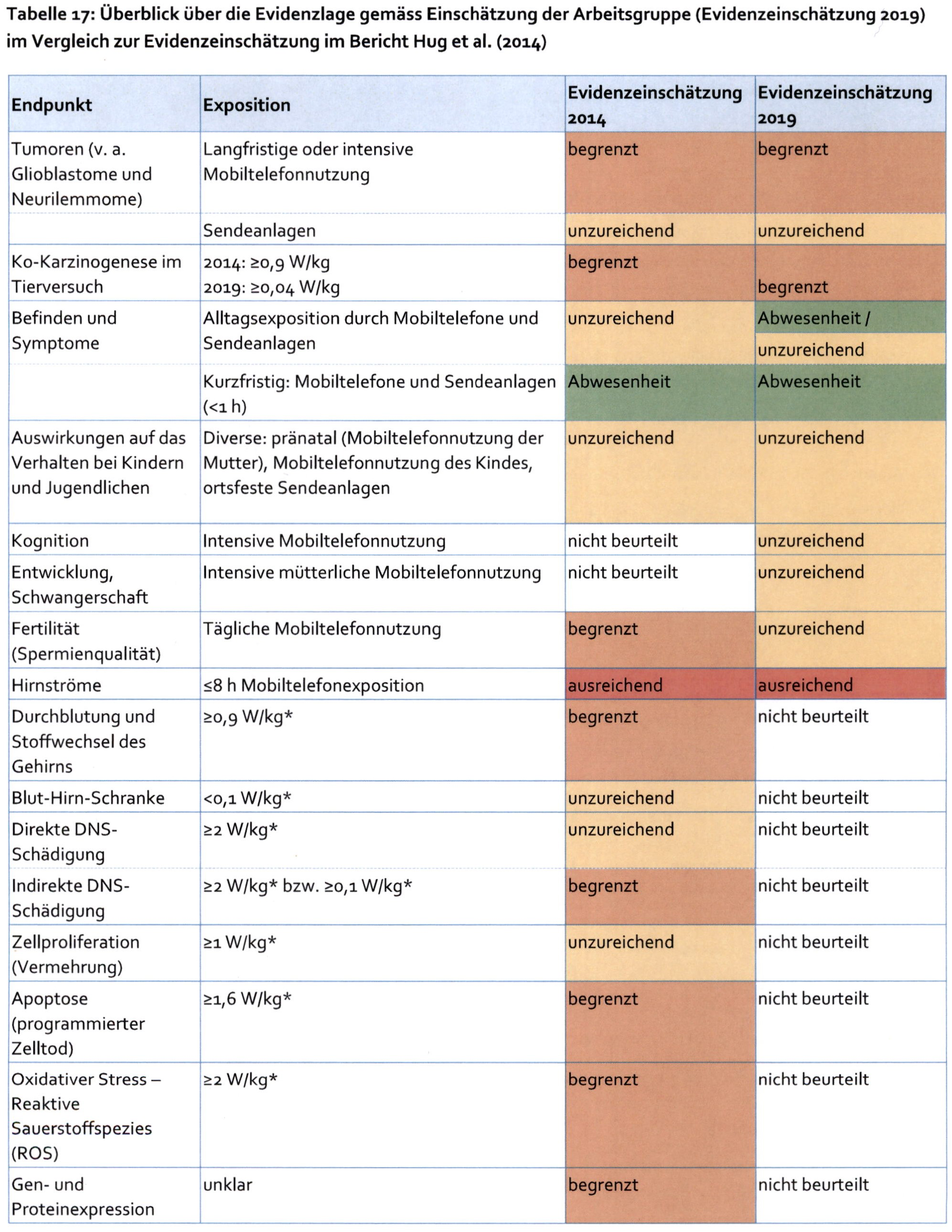
F) Es gibt kein funktionierendes Sicherheitssystem

G) Abnahmemessungen sind bei 5G gar nicht möglich

H) Die Anlage ist nicht gesundheitsverträglich   
  
Wir bitten um sorgfältige Prüfung unserer Argumente. Infolge Aussichtslosigkeit verzichten wir auf Einspracheverhandlungen und wünschen, schriftlich über die Abhandlung dieses Verfahrens informiert zu werden.

Mit freundlichen Grüssen.  
  
Nicole Ferretti, Hauptstrasse 96, 3855 Brienz

Beilage: Seite 67 aus dem bundesrätlichen Bericht «Mobilfunk und Strahlung».



**Weitere Mitunterzeichner dieser Einsprache sind folgende Personen, alle wohnhaft in 3855 Brienz:**

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Name | Vorname | Adresse | Unterschrift |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |